



„Die EU gemeinsam mit unseren Regionen und Städten von Grund auf erneuern“

Bukarester Erklärung
des Europäischen Ausschusses der Regionen
8. Europäisches Gipfeltreffen der Regionen und Städte am 14./15. März 2019

Die Europäische Union beruht auf den Grundsätzen Freiheit, Solidarität, Demokratie sowie auf der Wahrung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit und hat den Menschen in Europa dauerhaften Frieden und Entwicklung gebracht.

Aufgrund der Globalisierung, der digitalen Revolution, des Klimawandels und der demografischen Entwicklung verändert sich Europa derzeit so rasant wie noch nie. Wenn wir nicht wollen, dass die EU-Integration zu einem umkehrbaren Prozess wird, müssen diese Veränderungen, die sich in sozialer, wirtschaftlicher und territorialer Ungleichheit niederschlagen, mittels einer konzentrierten Anstrengung auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen begleitet, gestaltet und gesteuert werden – dies ist insbesondere deshalb von Belang, weil ein Drittel aller öffentlichen Ausgaben und mehr als die Hälfte der öffentlichen Investitionen auf der subnationalen Ebene getätigt werden.

Außerdem ist das Vertrauen in die lokalen und regionalen Regierungs- und Verwaltungsebenen im Schnitt größer als das Vertrauen in die nationale Regierung, und in den meisten Mitgliedstaaten ist es auch größer als jenes in die EU. In einer Zeit wachsender Unterschiede und Gegensätze sorgen die Städte und Regionen der EU mit ihren gewählten Mandatsträgern für Bürgernähe, Vertrauen und Stabilität in der EU. Diese Stabilität ist entscheidend dafür, dass der Aufbau einer gemeinsamen europäischen Zukunft für die nächste Generation fortgeführt werden kann.

Als gewählte Mandatsträger der regionalen und lokalen Ebene sind wir davon überzeugt, dass die Europäische Union ihre Regionen und Städte genauso braucht wie die Regionen und Städte die EU.

Mit dieser Erklärung wollen wir einen Beitrag zur Erarbeitung der Strategischen Agenda 2019–2024 leisten, deren Grundzüge von den Führungsspitzen der EU am 9. Mai 2019 in Sibiu festgelegt werden sollen.



Stärkung der demokratischen Grundlagen der Europäischen Union

1. Die lokale und regionale Demokratie ist ein wesentlicher Teil der demokratischen Kultur Europas. Die Multi-Level-Governance spielt eine entscheidende Rolle für die aktive und gleichberechtigte Beteiligung aller Regierungs- und Verwaltungsebenen in einem Klima des Vertrauens. Diese loyale Zusammenarbeit aller Ebenen ist notwendig, damit die EU ihren Zweck, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt für alle Unionsbürgerinnen und -bürger unabhängig von deren Wohnort zu sichern, unter umfassender Wahrung ihrer Rechenschaftspflicht effizient und transparent erfüllen kann.
2. Dabei muss das Konzept der „aktiven Subsidiarität“ angewendet werden, das ausschlaggebend dafür ist, dass Beschlüsse einen echten europäischen Mehrwert aufweisen und unter umfassender Wahrung der Rechenschaftspflicht effizient, transparent und so bürgernah wie möglich gefasst werden.
3. Eine stärkere Dezentralisierung und eine bessere Kompetenzenverteilung unter Beachtung der jeweiligen nationalen Rahmenbedingungen sind wesentliche Elemente einer verantwortungsvollen Regierungsführung, weil sie für mehr Transparenz, Rechenschaftspflicht und eine bessere Politikgestaltung unter wirksamerer Einbeziehung der Bevölkerung sorgen.
4. Die Verbindung zwischen der EU und ihren Bürgerinnen und Bürgern sollte gestärkt werden. Wir schließen uns der Forderung nach mehr Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe an. Wir unterstützen aktiv die Einführung eines ständigen EU-Verfahrens der Bürgerkonsultation.
5. Es kommt ganz entscheidend darauf an, den Unionsbürgerinnen und -bürgern, insbesondere den jungen Menschen, die europäische Dimension ihrer Identität und ihrer Bürgerschaft vor Augen zu führen, insbesondere durch Bildung, Kultur und Maßnahmen zur Stärkung der Teilhabe junger Menschen, damit sich diese dem Projekt Europa enger verbunden fühlen.

Lokale Verankerung der EU-Maßnahmen für eine bessere Zukunft für unsere Bürgerinnen und Bürger

6. Bei der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung, welche die Strategie Europa 2020 ablösen und auf lange Sicht zum übergreifenden Wirtschaftsmodell der EU werden sollten, spielen die Regionen und Städte eine Schlüsselrolle. Zudem sollten die Städte und Regionen befähigt werden, die Rolle, die ihnen bei der Bewerkstelligung des Übergangs hin zu einem kohlenstoffneutralen und nachhaltigen Europa zukommt, umfassend wahrzunehmen.
7. Der Binnenmarkt sollte durch Maßnahmen flankiert werden, die dafür sorgen, dass die vier Grundfreiheiten von allen ausgeübt werden können, und die Fairness und soziale Gerechtigkeit gewährleisten. Die soziale Dimension der EU sollte gestärkt werden, damit die sozialen Rechte auf einer Stufe mit den wirtschaftlichen Rechten stehen. Die EU-Maßnahmen für soziale Inklusion sowie insbesondere für die Integration von Migrantinnen und Migranten können nur



dann erfolgreich sein, wenn den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften angemessene Mittel zur Verfügung gestellt werden und ihnen ein direkter Zugang zu entsprechender Finanzierung durch die EU gewährt wird.

8. Die Verringerung der anhaltenden wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Unterschiede wird auch künftig eine große Herausforderung für die EU bleiben. Die Kohäsionspolitik hat insbesondere im Bereich der europäischen territorialen Zusammenarbeit ihren Mehrwert für die EU bewiesen und sollte auch nach 2020 auf der Grundlage eines ortsbezogenen Ansatzes, europäischer Partnerschaften, gemeinsamer Verwaltung und der Multi-Level-Governance für alle Regionen erhalten bleiben.
9. In der EU werden nach wie vor zu wenig öffentliche Investitionen getätigt, um die notwendigen öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen bereitzustellen. Die Schließung der Lücke bei den öffentlichen Investitionen ist daher von entscheidender Bedeutung. Die EU sollte den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften den notwendigen Handlungsspielraum zur Unterstützung dieser Investitionen einräumen.
10. Die politische Führung sollte die Europäische Union mit einem ehrgeizigen Haushalt ausstatten, der eine Bewältigung der anstehenden Herausforderungen und die Gestaltung langfristiger und nachhaltiger EU-Maßnahmen ermöglicht. Angesichts der dringlichen politischen, sozialen und ökologischen Probleme fordern wir daher eine rasche Einigung über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen entsprechend den vom Europäischen Parlament und dem Europäischen Ausschuss der Regionen bereits dafür vorgelegten Leitlinien.
